

# Reichswart

GRAF E. REVENTLOW

Der Reichswart erscheint jeden Freitag  
Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie bei der Verlag „Der Reichswart“ G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 30, entgegen  
Fernsprecher: Rahm 5022  
Postgeb-Ronto: Berlin 88 714  
Unverlangt Manuskript in Rücksicht belassen

### Bezugs-Preise:

Inland: vierteljährlich, durch die Post 9,-, durch Anrechnung 2,75 RM. monatlich 1,25 RM. Ausland: vierteljährlich 3,-, monatlich 1,-

### Anzeigen-Preise:

Für die 10 Spalten, 10 Zeilen, 1000 Goldmark. Bei Platzmangel entsprechend. Aufschlag nach Tarif.

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 15

Berlin, den 13. Ostermonds (April) 1928

9. Jahrgang

Inhalt: Der „neue Glaube“ der SPD. — Einshwenken Stresemanns nach Westen. — Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik. — Judaica. — Frauenrechtsbewegung und Rasse. — Das „Ende“ der Dolchstoßlegende. — Aus der Bewegung.

## Der „neue Glaube“ der SPD.

Das „Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands“, der „Vorwärts“, veröffentlicht zum Osterfest in großer Aufmachung einen Aufsatz: „Alter und neuer Glaube“, geschrieben von einem Sozialdemokraten der jungen Generation, anscheinend einem Norddeutschen. Die in diesem Aufsatz niedergelegten Anschauungen beanspruchen eine gewisse Beachtung, weil sie offenbar die Auffassung wiedergeben, welche die Führung der Partei augenblicklich als parteiantlich gelten zu lassen für richtig hält.

Der Aufsatz beginnt mit einer abfälligen Kritik der beiden christlichen Kirchen. In der Tat geben diese geruig Anlaß und Stoff für Kritik, — in meinem Buche: „Für Christen, Nichtchristen und Antichristen“ ist darüber eingehende Untersuchung angestellt worden. — Der sozialdemokratische Verfasser macht sich die Sache leicht und nachbetet eigentlich nur, was seit einem halben Jahrhundert und länger von sozialdemokratischen Marxnachbetern vorgebetet worden ist. Dann spricht er mit Bathos das Wort: „unser Glaube heißt: Verantwortung vor dem Ganzen und der Ewigkeit des Geistes. Sozialismus ist nichts als die Gegenwartsform dieser weltlichen Haltung. Sozialismus ist der wirtschaftlich-technische Ausdruck der Religion der Selbstverleugnung. Sozialismus ist das Evangelium der Armen unserer Zeit... ohne die Hoffnung des Sozialismus könnte es für den bewußten Proletarier nur zwei Auswege geben: Tierheit oder Selbstmord.“

Der Verfasser unterläßt leider, zu sagen, was er unter beiden Hauptbegriffen: Geist und Verantwortung vor dem Ganzen versteht. Was ist überhaupt für ihn „des Ganzen“? Wahrscheinlich die Partei oder aber die „Menschheit“, die den Genossen auch nichts anderes bedeutet als die S.P.D. Geist ist für den Vertreter des Marxismus lediglich ein Wort, nichts an sich selbst, sondern im besten Falle eine Form der Tätigkeit, eine „Funktion“ der Materie. Karl Marx führte bekanntlich jede Weltanschauung und auch jede Religion zurück auf die sozialen Verhältnisse; die religiöse Auffassung sei deren Spiegelbild, nichts weiter. Wenn der Marxist also von Religion spricht, so meint er etwas ganz anderes als dieser Begriff bedeutet und bedient sich dieses Wortes nur aus taktischen Gründen, nämlich, um die vielen Mitläufer der Partei, welche die marxistische Auffassung nicht haben, nicht vor den Kopf zu stoßen.

Die letzten Jahre zeigen in den sozialdemokratischen Zeitungen und dem sonstigen Schrifttum der Partei die konsequente Bemühung, ihren Materialismus der Anschauung und Praxis zu verleiern. Das ist sehr begreiflich, denn er stößt immer noch viele Deutsche zurück. Auch hat man in der Partei die Erfahrung gemacht, daß die Werbeparole der Partei: „Religion ist Privatsache“, keine Zugkraft hat, weil man ihr nicht glaubt. Auch dieser programmatische Osteraufsatz des „Vorwärts“ soll der Propaganda dienen und den Beweis führen, die Partei sei ja gar nicht religionsfeindlich. Dabei ist er ein drastischer Beweis, daß „Religion“ Parteisache ist, nicht Privatsache. Es sei denn angenommen, daß besonders jüngere Parteimitglieder solche Behauptungen gutgläubig hinnehmen. Marx schreibt in seiner Schrift: „Zur Kritik der politischen Ökonomie“: „Die Religion gilt uns nicht mehr als der Grund, sondern als das Phänomen (die Erscheinung) der weltlichen Beschränktheit. Wir erklären daher die religiöse Befangenheit der freien Staatsbürger aus ihrer weltlichen Befangenheit... Wir verwandeln die theologischen Fragen in weltliche.“ Im „Kapital“ schrieb Marx: „der religiöse Widerspruch der Welt kann überhaupt nur verschwinden, sobald die Verhältnisse des praktischen Weltverkehrs der Menschen tagtäglich durchsichtige, vernünftige Beziehungen zueinander und zur Natur darstellen.“ Friedrich Engels sagte im vollen Einklang mit Marx zusammenfassend: „Alle Religion ist nichts anderes, als die phantastische Widerspiegelung in den Köpfen der Menschen derjenigen äußeren Mächte, die ihr alltägliches Dasein beherrschen, eine Widerspiegelung in der, die irdischen Mächte die Form von überirdischen annehmen.“ — Auf dieser Anschauung, die Marx und Engels in ihren Schriften unermüdet immer wieder zum Ausdruck bringen, beruht nicht allein die sozialdemokratische Weltanschauung, sondern der sozialdemokratische Gedanke überhaupt. Alle Theorien der Partei, ihre gesamte Lehre, ihre wirtschaftliche und politische Praxis, ihre Kampfstellung, ihre Lebensauffassung, ihr „Massen“gedanke, — alles das führt sich letzten Endes auf den Grundsatz zurück, daß Religion eben nur ein Widerschein sozialer Verhältnisse sei und in einer rein marxistisch geordneten Welt von selbst verschwinden würde; alles in allem ein flacher und dürrer Materialismus, ausgedrückt in allerlei pseudowissenschaft-

lichen und anspruchsvollen Wortwendungen. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß dieser Materialismus eben tatsächlich die Grundlage ist. Wäre dem nicht so, so könnte es, theoretisch wenigstens, eine weltanschauliche, schließlich nach der religiösen Seite führende, Entwicklung der Sozialdemokratie geben. Weil aber der von Marx und Engels formulierte Materialismus der Anschauung das Fundament des gesamten Gebäudes des internationalen Sozialismus bildet, so schließt sich eine derartige Entwicklung aus. Sie würde den Zusammenbruch des Marxismus bedeuten und zwar von innen heraus. So geht das Bestreben, eifrig unterstützt von den Zeitungen und den Führern der Sozialdemokratie Deutschlands, darauf aus, dem marxistischen Sozialismus ein religiös gefärbtes Män-

### An die Leser und Freunde des „Reichswart“!

Der Wahlkampf hat begonnen. Er verpflichtet uns alle, das Meiste zu leisten, um unsere große Sache — sie ist die Sache der deutschen Zukunft — zu fördern und dem Siege näher zu bringen. Auch der Reichswart hat hier seine große und truchbare Aufgabe. Er kann sie aber aus eigener Kraft nicht durchführen. Wir bitten deshalb seine Leser und Freunde, den Kampfschatz des Reichswarts zu stärken, damit es ihm jetzt möglich wird, in weitere Volkskreise hineinzubringen, und durch Aufklärung und Werbung auf das Ergebnis der Wahl erfolgreich einzuwirken. Es steht Großes auf dem Spiel. Was jetzt, in diesem Kampf, versäumt wird, läßt sich für absehbare Zeit nicht wieder einholen, noch wieder gut machen.

Spende jeder nach seinem Können, aber keiner bleibe abseits!

Die Schriftleitung und der Verlag des Reichswarts.  
Berlin SW. 11, Bernburger Straße 30.  
Postfach: Berlin 88 714.

telchen umzuhängen. Die dreimal heilige Taktik, die ehrwürdigen Bedürfnisse der Propaganda, wollen es so. Wir sind überzeugt, daß Karl Marx wie auch jeder andere diese Wahlflüge, zynisch wie immer, gebilligt haben würde.

„Der neue Glaube heißt Sozialismus.“ Dem großen Geer der vertrauenden Mitglieder ist das Wort Sozialismus ein Odysse, ein Fetisch. Sie sind außerstande, sich den Begriff und seine tatsächliche Erscheinungsform in der Praxis kritisch zu betrachten und die erforderliche Distanz zu ihm zu gewinnen. Sonst würde der gläubige Sozialist auch das Warrenseil sehen, an dem er geföhrt wird. Der Schreiber des Aufsatzes sagte: „Ohne die Hoffnung des Sozialismus könnte es für den bewußten Proletarier im Grunde nur zwei Auswege geben: Tierheit oder Selbstmord.“ Man kann dem Verfasser die Wahl zwischen diesen beiden Eventualitäten überlassen, er wird sich wohl für die erste entscheiden. Darin aber hat er recht, daß Massen von Sozialdemokraten, Männer und Frauen, der Glaube aufrichtig hält an die Neugeburt der Welt, die wir Sozialismus nennen.“ Wie lange? Bis es einmal den Führern, den Sekretären, nicht mehr gelingt, den großen Betrug aufrechtzuerhalten, bis die Gefolgschaften an den „Kampf“ dieser ihrer Sekretäre, die sich Führer nennen, — gegen den Kapitalismus nicht mehr glauben; bis sie sehen, daß der internationale Sozialismus nach wie vor und mit unausweichlicher logischer Notwendigkeit, im Dienste des internationalen Kapitalismus arbeitet und bisher stets für eben diesen Kapitalismus gearbeitet hat.

Im politischen und wirtschaftlichen Zusammenhange ist das hier schon oft besprochen worden; es sei darauf verwiesen. Bestände nichts als diese eine Tatsache, so wäre damit das große Gerede von einem idealistischen Gehalt der Sozialdemokratie erledigt. Da die Tatsache aber unwiderstehlich besteht, und die Führer der Sozialdemokratie sie allein im Laufe der vergangenen vier Jahre wiederholt in Wort und Tat anerkannt haben, so bleibt eben nur übrig, daß der Sozialismus innerhalb der sozialdemokratischen Partei lediglich das Opium der Führer für die Massen der Folgeführten bedeutet. Ohne weiteres sei anerkannt, daß dieses Mittel sich in der Praxis bisher als

probat erwiesen hat, aber selbst der Aufsatzer der „Vorwärts“ müßte begreifen, daß sich mit dieser großen und offenkundigen Lüge seine Behauptung nicht gut begründen läßt, die Sozialdemokratie trage den „neuen Glauben“ in sich. Publizistisch aber, den eigenen minderbegabten Genossen gegenüber sind solche Redewendungen gewiß höchst erfolgreich; — alle negative Hochachtung! — Mit dem anderen Punkt, den der Verfasser hervorhebt, steht es nicht anders: er bestreitet, Sozialismus sei organisierter Egoismus der Masse und meint, jeder Lohnkampf beweise das Gegenteil. Daß in den Lohnkämpfen gegenseitige Hilfeleistung eine beträchtliche Rolle spielt, ist Tatsache, aber das sind wiederum die Betroffenen, die nicht wissen, daß ihre Führer durch ihre kapitalistische Politik ihnen die Notwendigkeit zu fruchtlosen Lohnkämpfen geschaffen haben und immer neu schaffen. Alles in allem: den gläubigen Idealismus der betroffenen Massen in Ehren! Jeder unter ihnen, dem die Augen aufgehen, aber sagt mit Kleist: „Allerwärts wirst du Mensch in eine Pfütze, nur kein Geföh!“ und wendet dieser von Grund aus verlogenen und unethischen Bewegung der Räden.

Mit Religion hat alles dieses nichts zu tun. Durch das dialektische Spiel mit dem Worte „Glauben“ soll bei dem proletarischen Leser der Eindruck vorgetäuscht werden, als ob der Glaube an den Sozialismus das gleiche sei, wie echt religiöser Glaube; beiläufig bemerkt zeigt sich hier wieder einmal die unheilvolle Wirkung der Verwendung des Wortes „Glauben“ in einem religiösen Sinne; ein großer Teil der Verwirrung unserer Zeit begründet sich in diesem Wortmißbrauch. Dadurch wird freilich der sozialdemokratische Betrug mit dem Wort: Glauben, in diesem Falle um nichts besser. Ein solcher, im sozialdemokratischen Schrifttum ständig wiederkehrender Betrug tritt auch in diesem Aufsatz des „Vorwärts“ mit der Wendung vom „Revolutionär von Nazareth“ zutage. Es kann keinen schrofferen Gegensatz geben, als den zwischen der materialistischen Sozialdemokratie, dem Marxismus überhaupt und der Anschauung, die Jesus lehrte. Ihm war das irdische Leben, wenn nicht wichtig, so doch das unbedingt minder Wichtigere, während für den Marxismus es etwas anderes überhaupt nicht gibt. Jesus verachtete, ohne Abset zu sein, irdische Bedürfnisse und Genüsse, die Anschauung der Sozialdemokratie erblickt in ihnen das Höchste. Durch Gewinnung der Macht zur fortwährenden Steigerung der Bedürfnisse und Genüsse und im selben Maße zur Verminderung der Arbeit, — das hält sie als Ideal den Massen vor Augen, zugleich mit der, möglichst zynisch ausgedrückten Reueung alles Liebesföhllichen. Das allein genügt schon zur Feststellung, daß Religion, sei es in welcher Form auch immer, mit dem Marxismus nicht vereinbar ist. Unter Religion verstehen wir, dem Ursprung dieses lateinischen Wortes gemäß, das Gefühl tiefster, engerer Bindung des eignen Ichs, der Seele, zum Göttlichen, oder um mit Goethe zu reden, „zum ewig Unbenannten“. Der Verfasser jenes Aufsatzes sagt: „was ist uns Menschen ohne Kirche heute Religion? Was sie immer und überall war: das Lasten um das Rästel des Seins.“ Das stimmt nun leider ganz und gar nicht. Mit Religion hat jenes Lasten an sich nichts zu tun, denn es ist rationalistisch und damit schon die Vorraucht des Materialismus. Religion ohne mystischen Untergrund gibt es nicht. Die sozialdemokratischen Verfasser von Aufsätzen und Schriften sind geradezu krampfhaft bemüht, dem marxistischen Sozialismus alles mögliche Idealistische anzudichten. Man begreift innerhalb der Partei schon seit geraumer Zeit die taktische Notwendigkeit, den marxistischen Sozialismus nicht in seiner so unjünglichen Nacktheit nach außen hin erscheinen zu lassen. Diese Verlebungskunststücke immer wieder zu erklaren, ist eine unserer Hauptaufgaben, nicht allein vor den Wahlen, sondern dauernd. Ungezählte Hunderttausende sind in der Sozialdemokratie oder kommen zu ihr, weil sie sich durch weltanschauliche und religiöse frische Phrasen täuschen lassen. Sie werden sich abwenden, wenn es gelingt, sie aufzuklären, so daß sie begreifen, daß für Religion und alles Religiöse im marxistischen Sozialismus kein Platz ist, und daß es auch die sozialistische Ethik denkbar dürftig bestellt ist. Wie sollte das auch anders sein, wo es sich nur darum handelt, einen durchschnittlichen Zustand zu erreichen, der mialichst viel Genuß gestattet und möglichst wenig Arbeit verlangt, während dabei, alles in allem, die Arbeitskraft und der Arbeitsvertrag der Menschen und ihre — wie Marx sagt — Produktionsmittel Eigentum der internationalen Weltgeldmacht sind. Die Führer des marxistischen Sozialismus in Deutschland sprechen, besonders gern und stolz von Menschenwürde, haben aber gegen

solche Körperliche, geistige und seelische Fröigkeit nie etwas einzubringen gehabt.

Der Marxismus in diesen seinen Formen ist nicht allein ohne Religion, sondern in sich, seinem ganzen Wesen nach der geschworene Gegner und Todfeind alles Religiösen. Diese Frage will die Sozialdemokratie unter Aufsichtung aller ihrer Heuchelkräfte, und die sind groß, verbergen.

Die christlichen Kirchen anzugreifen hat die Sozialdemo-

tratie, hat der marxistische Sozialismus am allerwenigsten Berechtigung. Sie haben nicht vermocht ihrer Aufgabe gerecht zu werden, aber diese Aufgabe und ihr Grundgedanke ist hoch, hat auch Religion und ist, wenn wir sie auf Person und Lehre des Stifter des Christentums beziehen, unerreicht. Der Grundgedanke des marxistischen Sozialismus seinerseits ist nicht nur ohne Religion, sondern gegen Religion, sondern niedrig und verlogen.

verbotenen Ausnahmegerichten zu rechnen sei und daher zur Einsetzung desselben eine Verfassungsänderung notwendig sei oder nicht. Aber setzt denn nicht die Verfassung, wenn sie von dem gesetzlichen Richter spricht, eine unparteiische Behörde voraus?

Zur Aufklärung wollen wir einen kurzen Überblick über die historische Entwicklung des Begriffs der Ausnahmegerichte einfügen. Die in Frankreich nach der Restauration im Jahre 1814 von Ludwig XVIII. erlassene Konstitution, die sogenannte Chartre, enthält folgende Bestimmung: Les cours et tribunaux ordinaires actuellement existants sont maintenus. Außer den cours et tribunaux ordinaires bestanden cours oder tribunaux spéciaux. Diese Gerichte waren für Straffachen eingeteilt, um die Weisungsfähigkeit der Schwurgerichte in gewissen Fällen zu vermeiden. In ihrer Zuständigkeit gehörten Verbrechen von Bedeutung und hergelaufenen Leuten außerdem einige schwere Verbrechen unter gewissen Umständen, einen politischen Charakter temporär suspendiert waren. In dem Gesetz wurde der Regierung die Ermächtigung erteilt, neben den cours spéciaux ordinaires cours spéciaux extraordinaires zu schaffen, in Fällen, wo die Schwurgerichte nicht abgefallen werden konnten oder temporär suspendiert waren. In dem Gesetz wurde es der Regierung vorbehalten, beratige außerordentliche Gerichte insbesondere dazu zu schaffen, wenn solches durch Umstände, namentlich auch die Häufigkeit gewisser Verbrechen in einer bestimmten Gegend, geboten erschiene. Die Spezialgerichte waren immer Gerichte. Ihre Urteile waren unanfechtbar, wenn ihre Zuständigkeit durch den Kassationshof festgestellt war. In Bezug auf diese Gerichte bestimmte man die Chartre: Nul ne pourra être distrait de ses juges naturels. Il ne pourra en conséquence être créé de commissions et tribunaux extraordinaires. Daraus folgerte man, daß es verboten sei, tribunaux extraordinaires zu schaffen, und daß die bestehenden nur zu befristeten seien. In diesem Sinne ist das Verbot der Ausnahmegerichte zu verstehen. Richtig ist davon die Rede, daß die Ausnahmegerichte keine Gerichte seien. Neben ihnen werden Kommissionen erwähnt, deren Unzulässigkeit sich schon aus anderen Bestimmungen ergab, schon aus dem Begriff des Rechtsstaats. Die belgische Verfassung von 1830 schrieb vor, daß ein Gericht nur durch ein Gesetz eingesetzt werden könne. Dann heißt es: Il ne peut être créé de commissions ni de tribunaux extraordinaires sous quelque dénomination que ce soit. Das Verbot der Ausnahmegerichte bezieht sich auf sämtliche Gerichte, tribunaux. Der Gesetzgebung wurde unterlagt, bei der Reorganisation solche Gerichte zu schaffen. In der preussischen Verfassung von 1850 wurde für die bevorstehende Justizorganisation ein Verbot von Ausnahmegerichten und außerordentlichen Kommissionen erlassen, Gerichten und Kommissionen. Im Art. 95 wurde ein Vorbehalt gemacht, nämlich der, daß ein besonderer Schwurgerichtshof für politische Verbrechen bei dem Kammergericht eingerichtet werden könnte. Ein solcher Gerichtshof würde, wenn der Vorbehalt in der Verfassung nicht gemacht wäre, als ein Ausnahmegericht angesehen werden müssen. Es ist hier eine Ausnahme in der Verfassung für ein einzelnes speziell bezeichnetes Gericht getroffen, eine Dispensation von der allgemeinen Regel erteilt. Eine Einsetzung von besonderen Kommissionen zur Aburteilung von Rechtsfällen kann in einem Rechtsstaat nicht vorkommen. Die Weimarer Verfassung fügt als eine Beschränkung des Verbots der Ausnahmegerichte hinzu, daß die Bestimmungen über Kriegsgesellschaften und Standgerichte hiervon nicht berührt werden. Auch bei diesen ist die Unparteilichkeit der Richter selbstverständlich, sie liegt im Wesen des Gerichts. Kann man nun darüber streiten, ob der Staatsgerichtshof ein Ausnahmegericht sei oder nicht, wenn er überhaupt kein Gericht ist und ein Ausnahmegericht ein Gericht ist und bleibt? Man hat es getan, aber ist dieses auch anderswo möglich, als in der Weimarer Republik.

Der Justizminister führte im Reichstag nur aus, daß der Gerichtshof kein Ausnahmegericht sei. Der Justizminister selbst behauptete das Gericht nach Parteigleichheit. Dies stünde ihm nicht, trotzdem blieb es ein Gericht. Interessant ist die Ansicht eines Mitgliedes unseres höchsten Gerichtshofs, des Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Dr. Wob. Er hat einen Kommentar zu dem Schlußgesetz geschrieben. Darin heißt es: Der Staatsgerichtshof ist z. T. Reichsverwaltungsgericht, z. T. Strafgericht. Er ist ein reichsgerichtlich geordnetes Sondergericht, kein Ausnahmegericht nach Art. 106 Reichsverfassung. Wob hält also die unparteiliche Zusammensetzung nicht für ein wesentliches Kriterium eines Gerichts.

Der Staatsgerichtshof konstituierte sich am 3. Oktober 1922. Anwesend waren als Mitglieder der Senatspräsident beim Reichsgericht, Dr. Hagens, der zum Präsidenten des Gerichtshofs ernannt war, die Reichsgerichtsräte Baumgarten und Döhn, die Beisitzer Prof. Dr. van Cailler, der frühere Reichsanwalt Freydenberg, der Landtagsabg. Harzmann, der württemberg. Generalleutnant Brand, der Verbandsvorsitzende Jäkel und der frühere Reichsanwalt Hermann Müller. Zur Verhandlung stand der Prozeß gegen die Mitglieder Rathenau. Die Verhandlung ging nicht so glatt ab, wie man es hätte erwarten können, wenn die Herren unter sich gewesen wären. Ein Verteiliger, Justizrat Hahn, regte die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Gerichts an. Der Oberstaatsanwalt Dr. Erdmeyer hatte keinen Anstand erhoben, er wies die Anrede mit einer gewissen Schärfe zurück. U. a. führte er aus: Er stehe auf dem Standpunkt, daß ein Gericht berufen ist und verpflichtet sei, die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes nachzuprüfen; demnach sei der StGH. berechtigt, die Gültigkeit des Gesetzes vom 21. Juli 1922 zu prüfen; der StGH. sei kein Ausnahmegericht, sondern ein Sondergericht. Später führte der StGH. als Entgegnung gegen eine Ablehnung der einzelnen Mitglieder des Gerichtshofs aus: „Ich selbst stehe seit 40 Jahren in meinem Amt. Ich habe im Richterkollegium nie gewußt, welcher politischen Partei die Mitglieder des jeweiligen Gremiums angehörten. Ich bin noch immer der festesten Überzeugung, daß der deutsche Richter sein Amt zu hoch und zu heilig achtet, als daß er nicht jede Parteipolitik von vornherein ausschalten vermöchte.“ Diese Ausführungen beziehen sich auf einen Fall, in welchem ein Gericht vorhanden ist. Setzt denn nicht der Begriff des Gerichts mit Notwendigkeit die unparteiliche Zusammensetzung voraus? Früher war dies allgemein anerkannt, deshalb gehen die Ausführungen des StGH. fehl. Genügt es jetzt in dem absoluten Staat, wenn ein Gesetz dekretiert, daß ein Kollegium ein Gericht sei und als ein solches im Sinne der Verfassung behandelt werden solle? Die Mitglieder des Gerichts schützten sich nicht bei der Erklärung des StGH. Es machte ihnen Schwierigkeiten, die Verfassungsmäßigkeit des Gerichtshofs zu begründen. Einige jonglierten, wie es scheint, mit dem Begriff Ausnahmegericht und Sondergericht, schließliche einigte man sich auf eine Erklärung folgenden Inhalts: Der StGH. sei nicht der Ansicht, daß er ein Sonder- oder Ausnahmegericht sei; es komme aber letzten Endes hierauf nicht an, da das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit im Reichsrat und im Reichstag angenommen sei; damit sei auch die Zuständigkeit der StGH. gegeben; in beiden Körperchaften sei dargelegt worden, daß mit der Schaffung des Gesetzes eine Verfassungsänderung bewirkt

## Einschwenken Stresemanns nach Westen

Gleich als die ersten Nachrichten von der Verhaftung deutscher Ingenieure durch russische Behörden nach Deutschland gelangt waren, schrieben zwei britische Zeitungen, die „Times“ und der „Daily Telegraph“: dieser Fall bedeute das Ende der bisherigen deutschen Beziehungen zu Rußland. Das war höchst auffällig, denn die beiden englischen Zeitungen konnten normalerweise nicht wissen, was es mit den Verhaftungen auf sich habe, und deshalb erst recht nicht, ob und warum ein solcher Zwischenfall weittragend genug sein würde, um die deutsch-russischen Beziehungen vollkommen umzukehren. Aber jene und noch andere Blätter der Weltmächte wußten, und zwar auch gleich im ersten Augenblick nach den Verhaftungen, daß nunmehr Deutschland seine Politik ganz auf Annäherung — d. h. Unterordnung — an die großen Weltmächte konzentrieren werde. — Es liegt auf der Hand, daß die Tatsache allein einer solchen Verhaftung, mag diese noch so ungerechtfertigt sein, nie ausreichen kann, um politische und wirtschaftliche Beziehungen zu einem benachbarten Staat und Lande völlig zu ändern und im positiven Sinne aufzuheben zu lassen. Die Neußerungen der genannten englischen Blätter allein wären ein Beweis dafür, daß hier ganz andere Gründe vorliegen, insbesondere schon seit geraumer Zeit Dinge hinter den Kulissen spielen, die zweifellos viel bedeutender sind, als die Verhaftung deutscher Staatsangehöriger im Donagebiet.

Den neulichen Ausführungen Herrn R. Wittig's zu diesen Verhaftungen, sei zunächst das Folgende hinzugefügt: An russischen Ingenieuren usw. sind über 60 Personen zugleich mit den deutschen Staatsangehörigen verhaftet worden, also mehr als die zehnfache Anzahl der ersteren. Das gibt denn doch zu denken, liefert jedenfalls den Beweis, daß es sich nicht einfach um eine Skizze und Rücksichtslosigkeit gegen Deutschland handelt. Ob und in wie weit die gesamten Verhaftungen sachlich begründet sind, ist wieder eine Sache für sich. Man weiß hierüber noch nichts authentisches. Auf russischer Seite wird behauptet, es handle sich um grobe Mißwirtschaft, teils um Sabotage der Kohlenruben usw. im Interesse der ehemaligen, enteigneten, vertriebenen Besitzer. Wir lassen das zunächst dahingestellt. Auf alle Fälle wird man annehmen können, daß daneben auch jene aus früheren Jahrzehnten bekanntlich und sprichwörtlich gewordene russische Schlamperei und Durcheinander ihre gerühmte Maß Anteil an der Sache hat. Auf der anderen Seite ist sicher auch sehr möglich, daß eine solche Sabotage, teils aus politischen, teils aus geschäftlichen Gründen im Spiel war und deshalb möglicherweise unter Beteiligung angeleglicher und französischer Agenten. Ebenso klar ist, daß diese letzteren Interesse hatten, daß auch deutsche Staatsangehörige verhaftet würden. Wiederrum würde sich daraus eine Wahrscheinlichkeit ergeben, daß der Außenminister Dr. Stresemann vorher genau unterrichtet war und solche Verhaftungen als Anlaß wühlte, um eine vollständige Weischwenkung seiner Politik „zwanglos“ einzuleiten.

Das Interesse aller Weltmächte an einer Abkehr Deutschlands vom russischen Osten, politisch und wirtschaftlich, steht außer Zweifel. Diese Verhältnisse liegen zu klar zutage, um einer besonderen Darlegung zu bedürfen. In früheren Nummern des „Reichsworts“ ist mit präzisier Angaben festgestellt worden, wie die Weltmächte sich unter Darbietung ungeheurer Kredite bemühen, wirtschaftlich und politisch in Rußland festen Fuß zu fassen. Auch die westlichen Industrien beteiligen sich besonders an diesem Kampf. Es ist klar, daß das alles auf Kosten der deutschen Industrie gehen soll. Kein Wunder, daß man sich aller Mittel bedient, um die deutsche Industrie in Rußland zu verdrängen, sei es, indem man sie kopieren macht oder durch die Konkurrenz selbst. In diesem Stande der Dinge wird nichts geändert durch einzelne deutsche Mißerfolge in Rußland. Auch dadurch wird das Bild nicht anders, daß der südl. Ingenieur Goldstein von der AEG früher enthaftet worden

ist. Man behauptet, mit Recht oder mit Unrecht, sein Fall habe anders gelegen, als bei den anderen Ingenieuren. Innerhalb der großen Zusammenhänge ist politisch auch gleichgültig, ob Goldstein früher entlassen wurde, weil er Jude ist. Besonders wahrscheinlich ist das aber auch nicht unter den heutigen Verhältnissen in Moskau, denen doch gerade die Hauptjuden, wie Trotski, Kotel und andere zum Opfer gefallen sind. Außer Zweifel steht aber, daß die Interessen der AEG in Rußland sehr groß sind, und ihr Einfluß dort entsprechend stark sein wird. Darüber und über die Folgen mögen gewiß interessante Betrachtungen anzustellen sein, aber wie gesagt: im Rahmen der Gesamtfrage: Berlin-Moskau kommen sie nicht in Betracht. Man darf sich hierdurch nicht in der nächsten Betrachtung dieser großen Frage beeinträchtigen lassen. Und es ist wirklich eine große Frage.

Der „Reichswort“ hat stets den Standpunkt vertreten, daß der deutsch-russische Vertrag von Rapallo an sich nicht unrichtig war. Es kam nur darauf an, wie er deutscherseits ausgenutzt wurde. Was das Zustandekommen dieses Vertrages anlangt, so ist eine Legende, daß er von Rathenau oder auch nur aus seiner Anregung geschlossen worden sei. Der Gedanke ist vielmehr von dem damaligen Staatssekretär, späteren Botschafter, von Rathenau, ausgegangen, ein zweifellos richtiger politischer Gedanke. Rathenau trieb diesen heimlich so weit, daß Rathenau im letzten Augenblick die Sache nicht mehr hindern konnte. Er war außer sich darüber, weil sein Hauptplan war, sich auf jener Konferenz zu Genau bei Lord George anzubiedern und im übrigen sich auf das halten blumenreicher Reden zu beschränken. So ist auch verständlich, daß aus dem Vertragsverhältnis von Rapallo nichts Nützliches gemacht wurde, weil die Rathenau, Wirth, nachher Stresemann und seine Leute nur trachteten, sich bei den Weltmächten angenehm zu machen, und sich ihnen zu unterwerfen. Ich habe den Rapallo-Vertrag und die durch ihn angeordnete Richtung immer begrüßt, als den möglichen Weg zu einer deutschen Politik östlichen Gegenwärtigen, wenn einmal möglich, auch der Rückversicherung gegen den Westen. Daß eine solche Politik mit einer Stellung zum Bolschewismus als solchen nicht das geringste zu tun hat, sollte klar genug sein, ist außerdem in zahlreichen Verhandlungen des „Reichswort“ bewiesen worden.

Als vor zwei Jahren Stresemann seinen Berliner Vertrag mit Rußland schloß, ist hier gleich gesagt worden, der Inhaber des Komros G. Gustav beabsichtige nur einen neuen Schein, aber keine wirkliche Ostpolitik. Dieser Berliner Vertrag würde für ihn nur ein feines Papier sein, im Augenblick, wo die Weltmächte ihn ernstlich vor die Wahl stellen. Dieser Augenblick nun scheint eingetreten zu sein. In seiner letzten Reichstagsrede sprach Dr. Stresemann davon, daß er auch nach den Enttäuschungen die Hoffnung nicht aufgeben; im übrigen sei seine Politik die einzige, welche möglich und deswegen auch die einzige, welche richtig sei. Diese Rede wurde nach der Verhaftung der Ingenieure gehalten und nach dem Abbruch der Handelsverhandlungen zwischen den deutschen und russischen Vertretern. Die Worte Stresemanns bedeuten also eine Anrede an die Weltmächte: ich denke nicht daran, eine Ostpolitik zu treiben, die euch nicht erwünscht ist, fortan bin ich mit meiner Politik restlos der eurer. Bedenkt man, daß der deutsche Außenminister ja in dem Augenblick sprach, als gerade seine Westpolitik der letzten vier Jahre als ein einziger großer Mißerfolg weitläufig geworden war, so ist verständlich, was dieses Bekenntnis bedeutet, nämlich das Ermeuten neuer Hoffnung in dem „Staatsmann“ der „nationalen Realpolitik“ durch die Weltmächte unter der Bedingung: daß du uns keine Ostpolitik treibst, die uns unangenehm werden könnte!

Wendungen der Außenpolitik einem Lande gegenüber bedeutet in der Praxis immer eine Wendung der gesamten Außenpolitik. Wir werden deshalb in einem folgenden Aufsatz versuchen, uns die Zusammenhänge im ganzen klar zu machen.

## Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik

Von H. Wittmann, Reichsgerichtsrat a. D.

Die Ernennung des Reichspräsidenten des Neuesten Rathenau am 24. Juni 1922 mußte bei der angelegenen und einflussreichen Stellung der Juden in unserer Republik eine ungeheure Erbitterung und einen großen Haß gegen die politischen Gegner erzeugen. Es konnte nicht zweifelhaft sein, daß die Ernennung eine Beteiligung antisemitischen Charakters war. Reichsanwalt war damals Blüth, Mitglied des Zentrums, und Reichspräsident der Sozialdemokratischen Partei. Die Mitglieder des früheren Zentrums waren mit Ausnahme von Windthorst ange Antisemiten. Dies hatte sich geändert. Die republikanische katholische Partei ist ein entschlossener Gegner des Antisemitismus. Windthorst machte im Jahre 1880 im preussischen Landtag die Festsetzung: Keine Judenhege, aber auch keine Christenhege, vor allem keine Katholikenhege. Er dachte nicht an die Möglichkeit, daß Personen, die sich zum Antisemitismus bekennen, an einer derartigen Hege teilnehmen könnten. Eine Rechnung ohne Wirth. Die Agitation, die in Anlaß des Mordes hervorgerufen wurde, richtete sich gegen die Rechtsparteien, vor allem die Deutschnationalen, die als der Nährboden des Antisemitismus bezeichnet wurden.

Zum Schutze der Republik, wie es hieß, wurde unter dem 21. Juli 1922 ein Gesetz erlassen, das harte Strafbestimmungen wegen politischer Verfehlungen enthält und zur Aburteilung derselben einen sogenannten Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik einführte. Das Gesetz richtete sich zunächst gegen die Antisemiten und die Deutschnationalen. Die letzteren haben ihre politische Stellung gewechselt. In der letzten Zeit waren es hauptsächlich die Kommunisten, die unter das Gesetz fielen. Auch Angehörige der Sozialdemokratischen Partei waren Mitglieder des Staatsgerichtshofs. Bei der großen Erbitterung dieser Partei gegen die Kommunisten ließ sich die Aburteilung der letzteren durch Sozialdemokraten nicht aufrechterhalten, der Staatsgerichtshof mußte fallen. Die sogenannten Urteile des selben sollen aber in Kraft bleiben.

Der Staatsgerichtshof wurde bei dem Reichsgericht errichtet. Er entschied jedesmal in der Besetzung von 9 Mitgliedern, 3 Mitgliedern des Reichsgerichts und 6 anderen Personen. Die

Mitglieder des Gerichts wurden von dem Reichspräsidenten ernannt. Aus der Zahl dieser wurde dann das Spruchkollegium für den einzelnen Fall ausgewählt. Nur solche, die von jedem Verdacht des Antisemitismus und der Zugehörigkeit zu einer Rechtspartei frei waren, konnten Mitglieder des Staatsgerichtshofs werden. Die Beisitzer waren meistens hervorragende Mitglieder der politischen Parteien, welche die Rechtsparteien und den Antisemitismus grundsätzlich haßten und befehdeten. Der Gerichtshof bestand dem Prinzip nach aus Parteigängern, und zwar aus solchen, die den Linksparteien angehörten, die Rechtsparteien waren nicht vertreten. Die wesentliche Voraussetzung eines Gerichts, die Unparteilichkeit und Unbefangtheit der Richter, war grundsätzlich, nicht bloß zufällig, ausgeschlossen. Der Staatsgerichtshof entschied unanfechtbar in erster und letzter Instanz. Er stand mit der Gerichtsorganisation in keinem Zusammenhang, namentlich fand keine Nachprüfung seiner Zuständigkeit, ebensowenig durch das Reichsgericht, wie durch ein anderes Gericht statt. Er konnte nach seinem Ermeßen die Zuständigkeit beliebig ausdehnen. Ein Gericht setzt begrifflich die Unparteilichkeit voraus.

An dieser Voraussetzung fehlte es. Eine besondere Anwendung dieses selbstverständlichen Grundsatzes findet sich in einem böhmischen Gesetz vom 15. April 1920. Darin wird die Regierung zur ehestweiligen Einberufung des Geschworenengerichtes ermächtigt, wenn zu befürchten ist, daß ihre Rechtsprechung nicht unparteilich und unabhängig sein werde. So hoch man auch das Schwurgerichtungsverfahren stellt, es muß suspendiert werden, wenn der Zweck eines Gerichtsverfahrens überhaupt, die unparteiliche Rechtsprechung, gefährdet ist. Aber hier hatte die Gesetzgebung den Staatsgerichtshof für ein Gericht erklärt, und da die Gesetzgebung allmächtig ist, so kann sie auch bestimmen, daß jene Behörde ein Gericht sein soll. Es kann sich nur fragen, ob die Bestimmung der Verfassung, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf, entgegensteht und daher eine Verfassungsänderung zu jener Anordnung erforderlich ist. So hat sich denn auch der Streit um den Staatsgerichtshof wesentlich auf die Frage bezogen, ob er zu dem dem die Verfassung



der Abstammung und den anderen Parteien der Friedensresolution standen, weit hinaus.

Die ablehnende Haltung des Präsidenten Wilson auf die deutschen Vorschläge, die bezweckten, zu Verhandlungen zu kommen, ließen die allgemeine Stimmung in Deutschland noch tiefer sinken.

Die Verweigerung des Gehorsams einiger Schiffbesatzungen der Hochseeflotte gegenüber dem Befehl zum Auslaufen am 30. Oktober 1918 gab das Signal zu der das ganze Reich mit Einschluß des Heeres ergreifenden Umschwungbewegung.

Die Frage, ob die Gegner Deutschlands ihre Waffenstillstandsbedingungen ermäßigt hätten, wenn das deutsche Volk sich zum letzten Widerstand bereit gezeigt hätte, ist ungeklärt geblieben.

(Fortsetzung folgt.)

### Aus der Bewegung Gau Berlin-Brandenburg.

**Geschäftsstelle:** Berlin W 35, Bülowstraße 44 I.  
**Telefon:** 10100/10101.  
**Geschäftsstunden:** Montags bis Freitags 12-13 $\frac{1}{2}$  und 16 $\frac{1}{2}$ -18 Uhr.

**Freitag, den 13. April:** Wiedergründungs-Kundgebung der Ortsgruppe Berlin, 20.30 Uhr, Kriegervereinshaus.  
**Sonntag, den 15. April:** Gaudig, 12 Uhr, „Zum Asanier“, Berlin SW 11, Anhaltstraße 11.

**Freitag, den 20. April:** Pflanztag, 20 Uhr, Kriegervereinshaus, großer Saal, Berlin, Gaudigstraße 94; siehe besondere Ankündigung.  
**Freitag, den 27. April:** Große Wahlkundgebung im Bezirk Friedrichshagen: drei Parallell-Massenversammlungen in: „Röhmshaus“, Große Frankfurter Straße 117, „Schützengarten“, Am Friedrichshagen 20/22, „Böhmisches Brauhaus“, Landsberger Allee 12.

**Hilfer-Jugend E. B.**  
**Bund nationalsozialistischer Hilfshilfen, Gau Berlin-Brandenburg.**  
An die Berliner Jugend!  
Über ein Jahr ist es her, daß die Machthaber der „Deutschen“ Republik die Anhänger der nationalsozialistischen Jugendbewegung durch das Verbot niederzuknien versuchten.

**Ortsgruppe Wilmersdorf, Montag, 16. April, abends 8 Uhr:** Neftabend der Jungmannschaft im Jugendheim Wilhelmstraße 123.  
**Wittmoos, 18. April, abends 8 Uhr:** Kameradschaftabend der Wanderabteilung im Lokal Sauer, Kallersallee 176.  
**Ortsgruppe Neukölln, jeden Sonnabend 6-8 Uhr bei Morad, Jonasstraße 22.**

**Ortsgruppe Berlin, Dienstag, 17. April, abends 8 Uhr:** Gründungsversammlung im Restaurant Wittmoos, Bülowstraße 3.  
**Sektion Südost, Montag, 16. April, abends 8 Uhr:** öffentlicher Sprechabend.

**Wend, Orths Reichshaus, Oranienstraße 36:** Redner: Dr. Dorn, Sektion Friedrichshagen, Dienstag, 17. April, abends 8 Uhr, öffentlicher Sprechabend, Restaurant Heinrich, Or. Frankfurter Straße; Redner: Dr. Dorn.

**Sektion Wilmersdorf, Dienstag, 17. April, abends 8 Uhr:** öffentlicher Sprechabend, Lokal Runge, Landsberger Straße 20; Redner: Dr. Dorn.  
**Sektion Charlottenburg, Dienstag, 17. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Massenversammlung, Lokal wird noch bekanntgegeben; Redner: Dr. Graf Reventlow.

**Sektion Schöneberg, Mittwoch, 18. April, abends 8 Uhr:** öffentlicher Sprechabend, Hohentierparkstraße, Hohentierparkstraße 11. Ein Parteigenosse spricht über seine fünfjährigen Erlebnisse in Sowjetrußland.  
**Sektion Wilmersdorf, Donnerstag, 19. April, abends 8 Uhr:** öffentlicher Sprechabend, Lokal wird noch bekanntgegeben; Redner: Dr. Dorn.

**Sektion Tegel, Sonnabend, 21. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Massenversammlung, Lokal wird noch bekanntgegeben; Redner: Dr. Engel.  
**Ortsgruppe Biesenthal, Montag, 16. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Staebe.

**Ortsgruppe Potsdam, Montag, 16. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Engel.  
**Ortsgruppe Liebenwalde, Dienstag, 17. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Staebe.  
**Ortsgruppe Rietberg, Mittwoch, 18. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Staebe.

**Ortsgruppe Friedland, Mittwoch, 18. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Staebe.  
**Ortsgruppe Wietzen, Donnerstag, 19. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Staebe.  
**Ortsgruppe Gerdorf, Donnerstag, 19. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Staebe.

**Ortsgruppe Templin, Freitag, 20. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Staebe.  
**Ortsgruppe Lindenberg, Freitag, 20. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Priemel.  
**Ortsgruppe Potsdam, Freitag, 20. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Staebe.

**Ortsgruppe Gollberg (Mark), Freitag, 20. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Staebe.  
**Ortsgruppe Neuzittau, Sonntag, 22. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Staebe.  
**Ortsgruppe Schwanebeck, Sonntag, 22. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Staebe.

**Ortsgruppe Hagen, Sonntag, 22. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Staebe.  
**Ortsgruppe Neukölln, Sonntag, 22. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Staebe.  
**Ortsgruppe Wilmersdorf, Sonntag, 22. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: Dr. Staebe.

### Gau Schleswig-Holstein.

**Ortsgruppe Altona, Sonntag, 14. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Wahlversammlung im Hotel „Stadt Bismarck“, Altonaer Straße 20/22; Redner: Dr. Stamer, Thema: „Der Nationalsozialismus und seine Auswirkungen für das deutsche Volk“.

**Ortsgruppe Altona-Land, Mittwoch, 18. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Wahlversammlung im Hotel „Stadt Bismarck“, Gaufrüher Straße; Redner: Dr. Stamer, Thema: „Die Not der Landwirte“.

**Ortsgruppe Tittau, Pa. Stier, Altona, spricht in folgenden öffentlichen Versammlungen:**  
Sonnabend, 14. April, 8 Uhr, in Grodenlee;  
Sonntag, 15. April, 8 Uhr, in Sinau;  
Sonnabend, 21. April, 8 Uhr, in Grander;  
Sonntag, 22. April, 3 Uhr, in Damselbe.

**Ortsgruppe Altona, Pa. Stier, Altona, spricht in folgenden öffentlichen Versammlungen:**  
Freitag, 13. April, 8 Uhr, in Rummelsfeld;  
Freitag, 20. April, 8 Uhr, in Boven.

### Gau Ruhr.

**Geschäftsstelle:** Oberfeld, Wittenstraße 27, 1. Etage.  
1. Am Sonntag, den 15. April 1928 findet in Oberfeld, Lokal Oberfelder Hof, Berliner Straße 67, nachmittags 2 Uhr, eine Tagung der Parteiführer des Gaues Ruhr statt.

2. Nachdem Dr. Reuter, Damm, aus denselben Gründen sein Amt als Parteiführer niedergelegt hat, bestimme ich, daß die Ortsgruppen des Bezirks Damm im kommenden Wahlkampf und darüber hinaus bis auf weiteres dem Bezirk Damm unter Leitung des Parteiführers Josef Wagner, Bochum-Grumme, Lennestraße 2, angegliedert werden. Es handelt sich hierbei um die Ortsgruppen: Ulfen, Soest, Werl, Damm, Unna, Wiescherhöfen.

Diese Ortsgruppen sind hiermit bis auf Weiteres dem Bezirk Damm unterstellt und haben den Anordnungen des Parteiführers Reuter in allen Dingen der R. S. D. A. P. Folge zu leisten.

Dr. Reuter spricht für die Bewegung geleisteten Dienste und für seine erfolgreiche Arbeit im Bezirk Damm meinen herzlichsten Dank aus und äußert dabei die Hoffnung, daß auch in Zukunft seine Tätigkeit in anderem Rahmen der Partei erhalten bleiben wird.

2. Hiermit bestimme ich zum Wahlkreisleiter für die Wahlkreise Düsseldorf-Stadt und Düsseldorf-West Erich Koch, Oberfeld, Wittenstraße 27, 1. Etage, sowie Dr. Josef Wagner, Bochum-Grumme, Lennestraße 2, zum Wahlkreisleiter der Wahlkreise Westfalen-Nord und Westfalen-Süd. Sämtliche die Wahlen betreffende Fragen sind an diese Parteigenossen zu richten. Zum Vertrauensmann für die genannten Wahlkreise des Gaues Ruhr bestimme ich Dr. Erich Koch, Oberfeld, Wittenstraße 27, und zu seinem Stellvertreter Dr. Fritz Daltrop, Oberfeld, Wittenstraße 27.

**Rationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei, Gau Ruhr.**  
Der Gaufrüher: (gez.): Karl Kaufmann.

**Ortsgruppe Oberfeld, Freitag, 20. April, im Evangel. Verein** öffentliche Mittelstandsversammlung, Näheres wird durch Plakat und Presse bekanntgegeben.  
**Ortsgruppe Bismarck, Dienstag, 17. April, abends 8.30 Uhr:** große Volksversammlung im Gaudig, Jürgens, Gich, Dr. Wagner, Bochum spricht über „Die Vererbung der Schicksale, der Untergang des Bauern und Mittelstandes“.

**Ortsgruppe Oberfeld, Dienstag, 17. April, abends 8.30 Uhr:** große öffentliche Kundgebung im Saal der Gaudig, Jürgens, Gich, am Söbberhof, Gaufrüher Karl Kaufmann spricht über: „Der Kampf um Deutschlands Freiheit“.

**Ortsgruppe Buer, Donnerstag, 19. April, abends 8 Uhr:** spricht im Jugendheim Buer-Pöhl Gaufrüher Karl Kaufmann über: „Die kommenden Wahlen, ein neuer Volkstakt“.

**Ortsgruppe Bochum, Freitag, 13. April, abends 8 Uhr:** Mittelstandsversammlung im Lokal „Zum Römer“, Dr. Stamer, Wittenstraße, Dr. Wagner spricht über „Wir und die Wahlen“. In diesem Abend müssen sämtliche Mittelstände erscheinen.

**Ortsgruppe Bochum, Donnerstag, 26. April, öffentliche Versammlung** im Lokal G. D. Schullens, am Markt, Dr. Wagner-Bochum spricht.  
**Ortsgruppe Trarbach, Freitag, 20. April, abends 8.15 Uhr:** öffentliche Versammlung bei Reimer, Dr. Wagner-Bochum spricht über: „Neue Inflation, drohender Steuerkrieg“.

**Ortsgruppe Freital, Samstag, 21. April, abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung im Gaudig, „Hundert“.

**Ortsgruppe Neise, Samstag, 21. April, nachm. 4 Uhr:** öffentliche Versammlung im Gaudig, „Bismarck“, Dr. Wagner-Bochum spricht über: „Der Beitrag am schaffenden Volk“.

**Ortsgruppe Saarn, Mittwoch, 18. April, abends 8.30 Uhr:** Versammlung im Saal des Evangel. Vereinshauses, frühere Bahnhofstraße, Dr. Josef Goebbels, Berlin, spricht über das Thema: „Der Fremdenord am deutschen Volk“.

**Dienstag, 21. April, abends 8.30 Uhr:** spricht Gottfried Feder, Dr. Stamer, in der „Borussia“, Gemarkter Ufer, über das Thema: „Die Ursprungsbewegung des deutschen Volkes durch Banken und Märenten“.

**Ortsgruppe Neise, Dienstag, 17. April, abends 8 Uhr:** spricht Dr. Stamer, Berlin, in öffentlicher Versammlung im großen Vereinshaus, Bahnhofstraße 30, über das Thema: „Fremdenord am deutschen Volk“.

### Gau Ostmark der NSDAP.

**Montag, 16. April, große öffentliche Versammlung** in Landsberg a. d. R.; Redner: Wilhelm Rube, M. d. R.

**Dienstag, 17. April, Ortsgruppe Rottbus, öffentlicher Sprechabend:** Redner: Wilhelm Rube, M. d. R.

**Dienstag, 17. April, Gollberg bei Sorau, öffentliche Versammlung:** Redner: Dr. Engel, Berlin.

**Wittmoos, 18. April, Mollersdorf, Kreis Sorau, öffentliche Versammlung:** Redner: Dr. Ralke.

**Wittmoos, 18. April, Pöschel, Kreis Sorau, öffentliche Versammlung:** Redner: Dr. Engel, Berlin.

**Donnerstag, 19. April, Pöschel, Kreis Sorau, öffentliche Versammlung:** Redner: Dr. Engel, Berlin.

**Freitag, 20. April, Ortsgruppe Sorau, Dittler, Freitag, 20. April, Lübbau, öffentliche Versammlung:** Redner: Dr. Engel, Berlin.

**Sonnabend, 21. April, Ortsgruppe Rottbus, Dittler, Dittler, Freitag, 20. April, Drehe, Kreis Sorau, öffentliche Versammlung:** Redner: Dr. Ralke.

**Sonntag, 22. April, Hoberberg bei Grotzen, öffentliche Versammlung:** Redner: Dr. Ralke.

**Sonntag, 22. April, Gaufrüherleitung des Gaues „Ostmark“** im Mähringer Bierhaus, Frankfurt a. d. O., Wärfelmoosbühl, 60. Beginn der Tagung 2.30 Uhr nachm. Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand der Organisation, M. Rube, Gaufrüher; Dr. Stamer; 2. S. A. Bericht, Dr. Engel, Gaufrüher; 3. Rassenbericht, Dr. Stamer, Gaufrüher; 4. Die Durchführung des Wahlkampfes; 5. Bericht des Gaues.

**Sonntag, 22. April, Ortsgruppe Frankfurt a. d. O., abends 8 Uhr:** öffentliche Versammlung; Redner: M. Rube, M. d. R.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Ernst zu Reventlow, Reichswart, für den Anzeigenteil: Dr. L. Lang, Berlin, Verlag: „Der Reichswart“, Verlagsort: m. d. R., Berlin SW 11, Fernsprecher: Str. 30. Druck: Neudruck-Verlag, u. Treuband-Verl., m. d. R., Berlin SW 11.

# Spenden für den Kampfschatz Reichswart: Berlin 88714 erbeten

**CIRKUS BYSCH**  
7 1/2 U. Circus-Attraktionen  
Alle die!  
Für kurze Zeit:  
„Hosenv. Dredow“  
sonntags  
3 1/2 Uhr halbes Pk.

**Dir. Eckes, 388, Bor-**  
Anhalt, Berlin-Steglitz,  
Friedrichstr. 24, Steglitz 150;  
Die Str. (gymn. u. real)  
Ein. Kellnerschulung  
Prima, Adikt: Umformung,  
Gegr. 1893, 2 Blln  
inmitten großer Gärten.

### Die Selbstaufwertung

Durch eine wissenschaftlich begründete Erfindung: „Multiplikator-Verfahren“ genannt, wird in der Wochenschrift: „Die Selbstaufwertung“ ab 1. 4. 28 sachlich behandelt und klargelegt: — ein einfaches Verfahren, das sich auf der Grundwahrheit aufbaut: daß 2 x 2 = 4 ist, — daß sich in der Praxis glänzend bewährte und dessen Unfehlbarkeit und erstaunlich hohen positiven Resultate selbst vor Gericht durch Gutachten besidiger Sachverständiger und viele andere Zeugnisse in lobender Weise anerkannt und bestätigt wurden. Das vielumstrittene Problem der Aufwertung der Kriegs-, Revolutions- und Inflations-Verluste, oder einer Wirtschaft-, Vermögens- und Einkommens-Aufbesserung, wird hier als gelöst betrachtet und die Frage beantwortet:

— „Ist eine Selbstaufwertung der oben genannten Verluste ganz oder auch nur teilweise zu 50 bis 100% möglich? Diese Frage wird hier bejaht und Weg, Mittel und Möglichkeiten durch klare, unwiderlegbare Tatsachen-Beweise — gezeigt.“

Wer an der Lösung dieses Problems interessiert ist und sich von der Möglichkeit und Durchführbarkeit einer Selbstaufwertung oder Verbesserung seiner Lebenslage durch das „Köhnsche Multiplikator-Verfahren“ überzeugen lassen will, der bestelle sofort: „Die Selbstaufwertung“ —

Einzelnummer 1.00 M., im Abonnement: monatlich 3.60 M., vierteljährlich (als abgeseh. Ganzes) 10.- M., portofrei - beim Verlag Carl Köhn, Berlin-Rosenthal-3, Kurfürstentor, 7 nur gegen Voreinzahlung auf Postcheckkonto: Berlin 117630

NB. 1. Nr. 1 enthält: „Weg, Mittel, Möglichkeiten, Gutachten, Zeugnisse, Beweise, Resultate“ - 2. Den Vollabnehmer, w. ich das Vierteljahres-Abonnement mit 10.- M. im Voraus einziehen, leant der Verlag ein „Vergütungs-“, nicht aber aus Abkommener Pflicht, - ein „Aufwertungs- od. Sparkonto“ an, - auf welchem ihnen 50% vom Reinertrag aus der Wochenschrift: „Die Selbstaufwertung“ gutgeschrieben werden, die erstmalig am 15. 12. 1928 als Weihnachtsgabe zur Auszahlung kommen - 3. Einzel-Korrespondenz wird nicht geführt. Alle Fragen werden in „Die Selbstaufwertung“ beantwortet und Mitteilungen gemacht.

## In Kürze (genauer Termin wird noch bekannt gegeben) beginnt die Versendung:

# Für Christen Nichtchristen Antichristen!

Von  
**Graf E. Reventlow**

Preis: Geheftet 8.— Mark : In Ganzleinen gebunden 10.— Mark

**Die Gottfrage der Deutschen** so lautet der Untertitel dieses bereits mit Spannung erwarteten Buches, Ausgehend von der Weltanschauung unserer vorchristlichen Vorfahren, über das kirchliche Mittelalter — das Erwachen des Laient — die deutsche Mystik — Luther — den Protestantismus ohne Luther — die Aufklärung, Kant, Rationalismus — Fortschritt, Maschinen, Marxismus — gegen Kirche und Christentum — den Krieg — das Beste des Judentums in seinem Einfluß auf die Deutschen — rollt der letzte Teil die Frage auf: Was wird?

Höchst eigenartig, tiefgründig und anregend zeigt der Verfasser das Auf und Ab, die Wege und Irrwege der deutschen Gottfrage. Er erörtert die Übereinstimmungen und Gegensätze des Christentums gegenüber der deutschen Eigenart, und erblickt die Möglichkeit von Religion in Zukunft nur auf der Grundlage idealistischer und individualistischer Weltanschauung.

Kein um die seelische Zukunft unseres Volkes Besorgter kann an diesem einzigartigen Buche vorbeigehen. Ein Sucher schrieb es für Sucher.

Zu beziehen von jeder Buchhandlung oder direkt vom  
**Reichswart-Verlag, Berlin SW 11, Bernburger Str. 30**

(Bei Voreinsendung des Betrages auf unser Postcheck-Konto: Berlin 88714, portofreie Lieferung nach allen Orten Deutschlands)

**Steiner Privatretel**  
Iucht zwecks Teilnahme  
an Verhandlungen noch  
einige wirkliche Ka-  
aufreunde. Zutritt  
unter 1928 an den  
„Reichswart“ erbeten.

**Englisch**  
lehrt  
**Fräulein Kraas**  
Berlin W 15  
Bayerstraße 31  
(10 Jahre in England)

**Dr. Weiß Asthma-Kurhaus**  
Berlin-Südende  
**Rheuma, Ischias, Gicht, Nervenleiden?**  
Kreuz-, Gelenk-, Gliederschmerzen?  
Kopfmigräne? Zahnschmerzen?

**Sankt Bonifacius-Pain-Expeller**  
Mit 12 Jahre schwer an Rheuma-  
leiden, hatte alles vergeblich versucht,  
bis Bonifacius Pain-Expeller hat  
mich nach kurzem Gebrauch gänzlich  
behalten. Vielen Dank dafür! ...

So ein Urteil von vielen!  
1 Probeflasche Mk. 2.90 bei Vorein-  
sendung, Mk. 3.50 bei Nachnahme  
Eine Kur (6 Flaschen) RM. 12.- bei  
Voreinsendung, RM. 12.50 bei Nachm.,  
alles einschließl. Porto u. Verpack.

Versand durch  
**WALTER SCHRAMM**  
„Bonifacius-Pain-Expeller“-Vertrieb  
Halle a. S. Pflanzstr. 13

### Die Enttarnung der Weisen von Zion

von ? ?

## L. Die große Weltflüge

Preis: Mark 1.30

Reichswart-Verlag, Berlin SW 11, Bernburger Str. 30  
Postfach-Konto Berlin 88714